

VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. HARDY OSTRY
VICTOR HEDDESHEIMER

14.11.2017

www.kas.de/bruessel

Zukunft der Kohäsionspolitik unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums

07. November 2017 | 8:30 – 10:00 Uhr
Europäisches Parlament

Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) am 7. November 2017 ein Parlamentarisches Frühstück zum Thema „Zukunft der Kohäsionspolitik unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums“. Für den im Europäischen Parlament stattfindenden und von Dr. Hardy Ostry (Leiter des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung) moderierten Austausch konnten mehrere Experten gewonnen werden: Dr. Peter Jahr, Dr. Dieter-Lebrecht Koch und Dr. Markus Pieper (alle Mitglieder des Europäischen Parlaments), Maximilian Klein und Juliana Pantzer (beide Sächsische Kommunalverbände), Dr. Klaus Nutzenberger (Leiter des Europabüros des DStGB), Carsten Hansen (Referatsleiter des DStGB), sowie Michael Schmitz (Deutscher Landkreistag).

Laut Europaabgeordnetem Dr. Markus Pieper werden durch den bereits eingeleiteten Austritt Großbritanniens aus der EU 15 bis 20 Prozent der finanziellen Mittel der EU-Kohäsionspolitik wegfallen. Somit wird es eine Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik geben müssen. Die Europäische Kommission betonte im September in ihrem siebten Bericht zur EU-Kohäsionspolitik die Wichtigkeit der Themen Digitalisierung, demografische Entwicklung und Infrastruktur. Diese Themen standen im Zentrum des Parlamentarischen Frühstückes.

Bessere Vermarktung der Kohäsionspolitik

Ein besonders wichtiges Diskussionsthema der Veranstaltung war der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Carsten Hansen vom DStGB betonte die Bedeutung der Breitbandkabelauslegung für den ländlichen Raum. Die Vertreterin der Sächsischen Kommunen, Juliana Pantzer, wies ebenfalls auf einen starken Stadt-Land-Gegensatz hin und forderte eine urbane Agendaförderung der Städte, setzte sich aber auch für mehr Beachtung des Ländlichen Raums ein. Schmitz bestätigte die beiden Standpunkte und kritisierte zudem die mangelnde Verbindung von Agrar- und Regionalpolitik, wodurch Projekte häufig scheitern würden. Ein weiteres vieldiskutiertes Thema war die bessere Vermarktung der Fördermittel. Man müsse in kleineren Regionen mehr für die EU-Kohäsionspolitik werben, gerade in Zeiten, in denen regionalpolitisch relevante Themen wie die Förderung von Öffentlichen Verkehrsmitteln häufig aus der öffentlichen Debatte verdrängt werden. So zeigte man sich in der Runde begeistert von lokalen Aktionsgruppen, die den angrenzenden Gemeinden und deren Bürgern zeigen würden, was die Investitionen der Kohäsionspolitik in den Regionen bewirken. Damit würde sich die EU in ein besseres Licht rücken und die Bürger würden mehr Vertrauen in die EU gewinnen.

Die EU-Kohäsionspolitik

Regionale Unterschiede innerhalb Europas wurden zum ersten Mal in den Verträgen von Rom erwähnt. Ein Jahr später, 1958, wurde der Europäische Sozialfonds (ESF) eingerichtet. Neben dem ESF gibt es noch zwei weitere Hauptfonds der Kohäsionspoli-

EUROPABÜRO BRÜSSEL
DR. HARDY OSTRY
VICTOR HEDDESHEIMER

14.11.2017

www.kas.de/bruessel

tik: Den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds. Durch diese drei Hauptfonds und den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) werden die finanziellen Mittel für die Kohäsionspolitik der EU bereitgestellt. Die EU-Kohäsionspolitik ist mit einem Drittel des gesamten EU-Haushalts die Hauptinvestitionspolitik der EU. Ziele sind die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, vermehrtes Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger.

Ein umstrittenes Thema während der Diskussion war die Frage, wie man den Europäischen Mehrwert definiert. Die Behauptung, dass dieser durch Klein- und Mittelunternehmen entstehe, wurde mit der Auffassung gekontert, dass er sich nicht in einzelnen Projekten definiere, sondern in der Einsetzung der Fördermittel. Weiterführend wurde über den Sinn des Europäischen Mehrwerts diskutiert, grenzüberschreitend Akteure zusammenzubringen und Kontakte zu knüpfen. Schließlich wurden auch die Probleme erörtert, die man beheben möchte. Ein großer Wunsch sei es, eine Endbürokratisierung einzuleiten, mit der Innovationsversuche, Umweltprogramme und regionale Erneuerung vereinfacht und flexibler gemacht würden. Außerdem wurde über Berichtspflichten geklagt, die vielfach als unnötig und überflüssig wahrgenommen würden, sowie über das fehlende Vertrauen zwischen der nationalen und der europäischen Ebene, als auch über Kommunikationshindernisse, die die Vermittlung der Projekte erschwerten.

Insgesamt bot das parlamentarische Frühstück einen gelungenen Rahmen, um über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik zu diskutieren. Zur Sprache kamen sowohl die unzweifelhafte Bedeutung als auch die damit verbundenen Probleme der Kohäsionspolitik der Europäischen Union, sowie ihre Wirkungsweise und ihr konkreter Nutzen für die EU-Bürger. Zusammenfassend herrschte eine Atmosphäre der Zusammenarbeit und des Willens, nach Verbesserungen zu suchen und Lösungen zu finden.